

Datenschutzhinweise für Verfahrensbeteiligte in Insolvenz(antrags)verfahren und Mandanten gemäß EU-Datenschutz-Grundverordnung

Mit den nachfolgenden Informationen geben wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht.

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden

Die Daten werden im Auftrag der zuständigen Sachverständigen, (vorläufigen) Insolvenzverwalterin oder Treuhänderin bzw. der beauftragten Rechtsanwältin verarbeitet durch:

Rechtsanwaltskanzlei BRINGEZU

An der Harth 10, 04416 Markleeberg

Telefon: (0341) 39295650 Fax: (0341) 39295650

E-Mail-Adresse: leipzig@ra-bringezu.de

Obergraben 10, 01097 Dresden

Telefon: (0351) 41883320 Fax: (0351) 41883329

E-Mail-Adresse: dresden@ra-bringezu.de

2. Welche Quellen und Daten nutzen wir

Zum einen verarbeiten und speichern wir personenbezogene Daten, die wir von Ihnen erheben. Darüber hinaus verarbeiten und speichern wir personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (z. B. Handels- und Vereinsregister, Presse, Medien, Internet) zulässigerweise gewonnen haben und damit verarbeiten dürfen. Außerdem erheben, verarbeiten und speichern wir personenbezogene Daten, die uns Dritte zur Verfügung stellen, die wir, um die gesetzlichen Anforderungen an die Bearbeitung von Insolvenzverfahren erfüllen zu können, kontaktiert haben. Relevante personenbezogene Daten können dabei u.a. sein:

- Name, Adresse/ andere Kontaktdaten (Telefon, E-MailAdresse),
- Geburtsdatum/-ort,
- Geschlecht,
- Staatsangehörigkeit,
- Familienstand, Unterhaltsverpflichtungen,
- Geschäftsfähigkeit, unselbständig/selbständig,
- Finanz- und Steuerdaten,
- Versicherungsdaten,
- Angaben über Vermögensverhältnisse und/oder Vermögensgegenstände,
- Informationen über laufende Rechtsstreitigkeiten,

- ggf. besondere Kategorien, soweit diese zur Bearbeitung des Verfahrens bzw. Mandates erforderlich sind (z.B. Gesundheitsdaten, Religionszugehörigkeit, etc.)
- Kontoverbindungen

3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage tun wir dies

Wir erheben und verarbeiten Ihre Daten zum Zweck der Durchführung des Insolvenz(antrags)verfahrens bzw. des Mandates. Die Rechtsgrundlagen zur Verarbeitung ergeben sich aus der Insolvenzordnung und anderen Gesetzen zur Regelung eines geordneten Ablaufs dieses Verfahrens. (Artikel 6 Abs.1 c DSGVO) bzw. des Mandates. Soweit Sie in die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten eingewilligt haben, können Sie diese jederzeit uns gegenüber widerrufen.

4. Wer bekommt meine Daten

Um das Insolvenz(antrags)verfahren bzw. das Mandat bearbeiten zu können, erhalten die Mitarbeiter Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der vorbenannten Zwecke brauchen. Die Rechtsanwälte unterliegen dabei der anwaltlichen Schweigepflicht. Auch die nichtanwaltlichen Mitarbeiter sind vertraglich zur Wahrung der Vertraulichkeit verpflichtet. Von uns eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen können ebenfalls Daten erhalten bzw. Zugriff auf diese haben, da sie sich – sofern sie nicht selbst auch Berufsgeheimnisträger sind, wie z.B. Steuerberater und andere Rechtsanwälte - ebenfalls zur Einhaltung der Vertraulichkeit verpflichtet haben und darüber hinaus die schriftlichen datenschutzrechtlichen Weisungen wahren. Mit unseren Auftragsverarbeitern sind Auftragsverarbeitungsverträge nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung geschlossen.

An Dritte werden Daten nur übermittelt, wenn dies für die vorgenannten Zwecke erforderlich und damit von der Zweckerfüllung abgedeckt ist. Dies u.a. an

- Gerichte, insbesondere das Insolvenzgericht,
- Verfahrensbeteiligte,
- Ämter und Behörden,
- das Landesamt für Statistik nach Vorgaben des Insolvenzstatistikgesetzes,
- Sozialversicherungsträger,
- die Bundesagentur für Arbeit und
- die Staatsanwaltschaft.

5. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt

Eine Datenübermittlung an solche Dritte findet nur statt, soweit auch dies zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen der Insolvenzordnung oder des Mandates notwendig ist. Werden Dienstleister im Drittstaat eingesetzt und sind diese nicht als Berufsgeheimnisträger zur Wahrung der anwaltlichen Verschwiegenheit verpflichtet, werden diese durch

Vereinbarung von EU-Standardvertragsklauseln zur Einhaltung des Datenschutzniveaus in Europa verpflichtet.

6. Wie lange werden meine Daten gespeichert

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten für die vorbenannten Zwecke. Wir löschen Ihre Daten, wenn der Zweck erreicht ist, insbesondere das Insolvenz- bzw. Restschuldbefreiungsverfahren bzw. das Mandat beendet ist, sämtliche gegenseitigen Ansprüche erfüllt sind und keine anderweitigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder gesetzlichen Rechtfertigungsgründe für die Speicherung mehr bestehen. Dabei handelt es sich unter anderem um Aufbewahrungspflichten aus dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der Abgabenordnung (AO). Das bedeutet, dass wir in der Regel 10 Jahre nach Beendigung des Insolvenz- bzw. Restschuldbefreiungsverfahrens bzw. des Mandates die Daten löschen.

7. Welche Datenschutzrechte habe ich

Jede betroffene Person hat das Recht

- auf Auskunft nach Artikel 15 DSGVO,
- auf Berichtigung nach Artikel 16 DSGVO,
- auf Löschung nach Artikel 17 DSGVO,
- auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DSGVO,
- auf formfreien Widerspruch aus Artikel 21 DSGVO sowie
- auf Datenübertragbarkeit aus Artikel 20 DSGVO.

Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG. Bitte beachten Sie, dass ein Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen. Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde (Artikel 77 DSGVO i. V. m § 19 BDSG).